

Integrationskurse: Viele Asylbewerber müssen warten

Zugang nur bei „sicherer Bleibeperspektive“ – Regelung sorgt bei VHS und SKM für Unverständnis

leh **LINGEN/LENGERICH.** Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation wird oft betont: „Sprache ist der Schlüssel zu Integration“. Integrationskurse wie an der Volkshochschule (VHS) sollen dabei helfen. Doch hat nicht jeder Asylbewerber Zugang zu diesen Kursen.

Dass es notwendig ist, die Sprache zu lernen, wenn man sich in einem fremden Land eine Zukunft aufbauen will, weiß auch der 22-jährige Afghane Qassim. Zusammen mit Ludwig Giese, einem der Ehrenamtlichen aus der Samtgemeinde Lengerich, wollte er einen Antrag auf Zulassung zu einem Integrationskurs für Sprache und Orientierung stellen.

Hier gab es allerdings ein Problem: Integrationskurse erhalten nur Asylbewerber mit einer sicheren Bleibeperspektive. „Sicher“ ist eine Bleibeperspektive laut Bundesinnenministerium (BMI) aber erst ab einer Schutzquote von mindestens 50 Prozent. Bei Afghanen liegt die Schutzquote knapp darunter. Im vergangenen Jahr waren es laut Asylstatistik 47,6 Pro-

Integrationskurse und Bleibeperspektive

Integrationskurse werden vom **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf)** verantwortet und gesteuert. Zuwanderer sollen in 600 beziehungsweise 900 Stunden die deutsche Sprache bis zum **Niveau B1** des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) erwerben. Die gleichmäßige Ausbildung aller vier sprachlichen Fertigkeiten (Sprechen, Schreiben, Lese- und Hörverstehen) ist dabei notwendig, um sich in möglichst vielen Situatio-

nen des Alltags zu behaupten. Darüber hinaus werden nach dem Sprachkurs in einem 60-stündigen Orientierungskurs Kenntnisse über die **Rechtsordnung, die Geschichte und Kultur** Deutschlands vermittelt. Laut dem Bundesinnenministerium sollen Flüchtlinge aus Afghanistan, Somalia und Pakistan **keine staatlich anerkannten Sprach- und Integrationskurse** während ihres Asylverfahrens in Deutschland besuchen dürfen. Grund dafür

zent, die mit ihrem Asylantrag Erfolg hatten.

Lediglich Asylbewerber aus Eritrea, dem Irak und Iran oder Syrien könnten derzeit einen Antrag für einen Integrationskurs stellen, und dies auch bereits vor der Entscheidung über ihren Asylantrag, erläutert Jürgen Blohm, Koordinator der VHS Lingen. Logisch findet Blohm diese Vorgabe der Bundesregierung nicht, da

Zahlen belegen, dass viele der geflüchteten Menschen in der Region aus Afghanistan stammen. Laut Innenminister Thomas de Maizière sei Afghanistan zwar kein sicheres Herkunftsland, es seien jedoch große Gebiete des Landes als sicher eingestuft worden.

Auch für Flüchtlingsbetreuer Hermann-Josef Schmeinck, Geschäftsführer des SKM in Lingen, ist diese

sei die **fehlende Bleibeperspektive**.

Diese sei laut Innenministerium erst dann gegeben, wenn die Schutzquote in einem Land über 50 Prozent betragen würde. Diese Marke würden lediglich Asylsuchende aus Eritrea, dem Irak und Iran sowie Syrien überschreiten.

Die **Anerkennungsquote für Afghanistan lag im letzten Jahr bei 46,7 Prozent**, für Somalia bei 25 Prozent und für Pakistan bei 18,6 Prozent.

Regelung unverständlich. Auch er weiß, wie wichtig Sprache als Kriterium für die Integration ist, hat er doch selbst täglich mit Flüchtlingen zu tun.

Dass viele von ihnen – insbesondere Jugendliche – aus Afghanistan stammen, kann er nur bestätigen. „Ich halte eine Rückkehr für Menschen nach Afghanistan für unmöglich“, stellt Schmeinck klar. Nach Angaben der



Die Fahrräder wurden den Männern aus Spenden heraus zur Verfügung gestellt.

Foto: Jessica Lehbrink

Stadtverwaltung beläuft sich die Zahl der geflüchteten Afghanen alleine in Lingen auf derzeit 189 (Stand 30. Juni). In der Samtgemeinde Lengerich sind es nach letztem Stand 28. Mit 52 Flüchtlingen aus Syrien und 30 aus dem Iran sind sie also die dritthöchste Anzahl an Asylbewerbern in der Gemeinde.

Auch Asylbewerber aus dem Sudan dürfen derzeit den Integrationskurs wäh-

rend des Asylverfahrens nicht besuchen, obwohl auch dieses Land laut Schmeinck im Chaos versinkt. Klare Position bezieht er außerdem zu der Lage in der Türkei: „Für mich sind auch die türkischen Staatsbürger betroffen, bei denen die derzeitige Situation einer politischen Verfolgung gleicht. Es bleibt also weiterhin spannend, was die Zahlen in der nächsten Zeit betrifft.“